

PRESSEMITTEILUNG 135 – 03.07.2026

Sophia Schiebe

Bildungsministerium muss Gutachten kostenfrei offenlegen

Zur heutigen Pressemitteilung von lambda::nord erklärt die stellvertretende Vorsitzende und queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sophia Schiebe:

„Das Bildungsministerium trägt die Verantwortung dafür, wie Schulen in Schleswig-Holstein mit Zeugnissen von genderqueeren Schüler*innen umgehen. Wenn das Ministerium seine Haltung mit rechtlichen Gründen begründet, dann muss es diese Grundlagen selbstverständlich auch offenlegen. Dass für die Herausgabe eines internen Gutachtens 150 Euro verlangt werden, ist völlig unangebracht. Vor allem, weil es hier um junge Menschen geht, die im Schulalltag vor Diskriminierung geschützt werden müssen.

Die Landesregierung muss erklären, warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden. Und dafür muss sie eben Betroffenen die Entscheidungsgrundlagen zugänglich machen. Anders funktioniert das nicht.

Während Ministerpräsident Günther Schirmherr aller CSD-Demonstrationen im Land ist, verweigert sein eigenes Bildungsministerium bei einem wichtigen queeren Thema Transparenz. Das passt nicht zusammen. Wir fordern das Bildungsministerium dazu auf, die gebotene Transparenz über die Veröffentlichung des Gutachtens herzustellen und zwar unverzüglich und kostenfrei!“